

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, dass der Förderverein Soziale Dienste Unterföhring e. V. (FSD) mit Schreiben vom 02.09.2013 einen Antrag auf finanzielle Unterstützung eingereicht hat. Die Behandlung wird voraussichtlich in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen erfolgen. Weiter teilt der Vorsitzende mit, dass der Tagesordnungspunkt 4, Antrag der SPD-Fraktion zu Vorüberlegungen zur Planung eines Sportparks südlich der Mitterfeldallee, zwischen S-Bahnlinie und der Diesel- bzw. Beta-Straße in der heutigen Sitzung nicht behandelt wird.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

1015 19

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Der in der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 20.06.2013 gefasste Beschluss, Nr. G 930, wird in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen und ist damit der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

- siehe Beilage -

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

1016 19 Beschluss: 19 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 11.07.2013, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Herr Guist tritt um 19.39 Uhr der Sitzung bei.

Antrag der CSU-Fraktion zum Einbau von vorgeständerten Balkonen an der gemeindeeigenen Wohnanlage an der Sudetenstraße

Der Bürgermeister gibt den Antrag der CSU-Fraktion Unterföhring auf Einbau von vorgeständerten Balkonen an den Gebäuden der Wohnanlage Sudetenstraße vom 08.07.2013 bekannt. Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Die CSU-Fraktion stellt darin folgenden Antrag:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Wohnanlage „Sudetenstraße“ soll mit vorgeständerten Balkonen ausgestattet werden. Vorweg wird die Verwaltung beauftragt, die technische und finanzielle Machbarkeit der Ausstattung zu prüfen.“

Begründung:

Anlässlich einiger Hausbesuche in der Wohnanlage haben mehrere Bewohner den Wunsch nach einem Balkon für ihre Wohnung geäußert. Ein Balkon würde für sie mehr Lebensqualität bringen. Ein unmittelbarer Austritt von der Wohnung auf den Balkon wäre eine Bereicherung und Erleichterung unmittelbar an die frische Luft zu gelangen, ohne vor die Haustüre treten zu müssen. Dies könnte dadurch geschehen, dass auf der Westseite des Gebäudes Balkone vorgeständert werden und mittels Einbau einer Balkontüre in der Wohnung ein Zugang geschaffen wird. Die Umsetzung der Maßnahme hätte auch zur Folge, dass die Wohnanlage eine Wertsteigerung erfahren würde.

Bevor eine bauliche Realisierung des Anbaus der Balkone in Angriff genommen werden kann, sollen durch die Verwaltung die technische Machbarkeit und die finanziellen Kosten geprüft werden.

1017 20 Beschluss: 20 : 0

Die Wohnanlage „Sudetenstraße“ soll mit vorgeständerten Balkonen ausgestattet werden. Vorweg wird die Verwaltung beauftragt, die technische und finanzielle Machbarkeit der Ausstattung zu prüfen.

Az. 621.2
3.4; 2; 1

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- 1018 20 **Antrag der SPD-Fraktion zu Vorüberlegungen zur Planung eines Sportparks südlich der Mitterfeldallee, zwischen S-Bahnlinie und der Diesel- bzw. Beta-Straße**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der SPD-Fraktion aus Sachgründen zurückgenommen. Eine Behandlung des Antrages ist für die Oktobersitzung vorgesehen.

Antrag der SPD-Fraktion zur Verbesserung der Parkplatzsituation im Gewerbegebiet Unterföhring

Der Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion zur Verbesserung der Parksituation in Gewerbegebiet Unterföhring vom 30.08.2013 bekannt. Der Antrag wird dem Gremium zugestellt.

Zur Verbesserung des Gewerbestandortes ist die Parksituation im Gewerbegebiet Unterföhring zu überdenken. Für das gesamte Gebiet ist ein Parkraumkonzept zu erarbeiten, das den Ist-Zustand beschreibt und aufzeigen soll, wie sich diese Situation durch eine Parkraumbewirtschaftung durch die Gemeinde verbessern lässt. Dabei soll ebenso untersucht werden, unter welchen Umständen ein mögliches Parkhaus wirtschaftlich betrieben werden könnte.

Gemäß Antrag der SPD-Fraktion ist die Gemeindeverwaltung zu beauftragen, ein Konzept zur Verbesserung der Parkplatzsituation im Gewerbegebiet Unterföhring zu erstellen. Als erster Schritt soll hierfür die Ist-Situation aufgezeigt werden und die Auslastung der bestehenden Tiefgaragen ermittelt werden.

- 1019 20 Beschluss: 20 : 0

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Verbesserung der Parkplatzsituation im Gewerbegebiet Unterföhring Park (up) zu erstellen. Als erster Schritt soll hierfür die Ist-Situation aufgezeigt werden und die Auslastung der bestehenden Tiefgaragen ermittelt werden.

Az.: 6010
3.1; 3.4; 2; 1

Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung der Rahmenplanung für das BAHOG Gelände

Der Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung der Rahmenplanung für das BAHOG Gelände vom 30.08.2013 bekannt. Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Im Zuge der Rahmenplanung wird versucht, die Nahversorgungssituation für Unterföhring zu verbessern. Deshalb war bisher ein Vollsortimenter vorgesehen.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Da sich im Zuge einer Bebauungsplanaufstellung im Gewerbegebiet Unterföhring ein Vollsortimenter ohnehin ansiedeln wird, ist auf einen zusätzlichen Vollsortimenter im BAHOG-Gelände aus Sicht der SPD-Fraktion zu verzichten. Aus diesem Grunde sind die für die Nahversorgung vorgesehenen Flächen im Zuge der Rahmenplanung für das BAHOG-Gelände zu reduzieren, ohne gänzlich auf einen kleineren Einkaufsmarkt und weitere Ladeneinheiten (beispielsweise Bioladen, Reformhaus, Parfümerie, etc.) zu verzichten. Mit der Reduzierung der Gewerbeflächen auf zusammen ca. 1.200 m² Verkaufsfläche soll mehr Spielraum für die Freiflächengestaltung und dadurch eine verbesserte Marktplatzsituation geschaffen werden. Gleichzeitig wird damit auch der Individualverkehr reduziert.

Der bisher vorgesehene Flächenbedarf für die Nahversorgung im Zuge der Rahmenplanung für das BAHOG-Gelände ist zu Gunsten der Freiflächengestaltung auf maximal 900 m² und die gesamte Gewerbeeinheiten auf maximal 1.200 m² zu begrenzen.

1020 20 Beschluss: 20 : 0

Der bisher vorgesehene Flächenbedarf für die Nahversorgung im Zuge der Rahmenplanung für das BAHOG-Gelände ist zu Gunsten der Freiflächengestaltung auf maximal 900 m² und die gesamten Gewerbeeinheiten auf maximal 1.200 m² zu begrenzen.

Az.: 6010
3.1

Fortschreibung des Regionalplans der Region München; Kapitel B IV Wirtschaft und Dienstleistungen 2.8 Sicherung und Gewinnung von Bodenschätzen; Ergänzendes Anhörungsverfahren

Der Bürgermeister gibt das Schreiben des Regionalen Planungsverbands München vom 26.07.2013 zur Fortschreibung des Regionalplans der Region München bekannt, in dem die Gemeinde die Gelegenheit erhält, zu dem Fortschreibungsentwurf eine Stellungnahme abzugeben. In diesem Schreiben wird mitgeteilt, dass der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes München am 09.07.2013 beschlossen hat, zur Regionalplanfortschreibung B IV 2.8 – Bodenschätze ein ergänzendes Anhörungsverfahren nachzuholen. Grund dafür ist, dass der Planungsausschuss am 06.12.2011 und 28.02.2012 als Ergebnis von Anhörverfahren Änderungen an einer Reihe von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau von Bodenschätzen beschlossen hat. Dazu wurde kein nochmaliges Anhörungsverfahren durchgeführt. Der Regionalplan kann durch ein ergänzendes Verfahren zur Behebung dieses Fehlers rückwirkend in Kraft gesetzt werden. Ein Teilausschnitt der Karte 2 Siedlung und Versorgung, Bodenschätze (Stand Juli 2013) wurde in der Sitzung erläutert. Entsprechende Planauszüge wurden dem Gremium zugestellt.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Bürgermeister erläutert zunächst, dass ein Vorbehaltsgebiet ein Gebiet beschreibt, in dem ein bestimmter Belang bei der Abwägung von konkurrierenden Nutzungsansprüchen für das Gebiet gesondert zu berücksichtigen ist. Die Nutzung eines Vorbehaltsgebietes wird dadurch jedoch nicht festgelegt. Somit stellt das Vorbehaltsgebiet eine Ergänzung zum Vorranggebiet dar und ist für den Fall einzurichten, wenn die Zielsetzung eines Gebietes noch nicht endgültig feststeht. Eine Konkurrenz mit anderen Zielsetzungen für ein Gebiet ist im Gegensatz zum Vorranggebiet nicht ausgeschlossen. Für Maßnahmen zur Gewinnung von Bodenschätzen in einem Vorranggebiet wird deshalb aus Sicht der Regionalplanung in der Regel die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens nicht mehr erforderlich sein.

Weiter erinnert der Bürgermeister an den Gemeinderatsbeschluss vom 17.03.2011, in dem die Fortschreibung des Regionalplans der Region München; Kapitel B IV Wirtschaft und Dienstleistungen 2.8 Sicherung und Gewinnung von Bodenschätzen schon einmal behandelt wurde.

Auf dem Gebiet der Gemeinde Unterföhring ist teilweise das Vorranggebiet Nr. 800 (86 ha) für Kies und Sand festgesetzt. Südlich dieses Vorranggebiets soll die Fläche des Vorbehaltsgebiets Nr. 10 (203 ha) ergänzt werden.

Das Vorbehaltsgebiet Nr. 10 auf Flur der Landeshauptstadt München, angrenzend an die Gemeindegrenze zu Unterföhring und Aschheim, mit einer Größe von ca. 203 ha soll zum Vorranggebiet aufgestuft werden. Hierdurch wird eine Nassauskiesung entstehen. Im Regionalplan wird keine Aussage über die verkehrliche Situation getroffen. Eine Haupteerschließungsachse über die Kreisstraße M3 ist nicht ausgeschlossen.

1021 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Fortschreibungsentwurf des Regionalplans München zu dem Kapitel B IV Wirtschaft und Dienstleistungen 2.8 Sicherung und Gewinnung von Bodenschätzen vom Juli 2013 zur Kenntnis.

Die Gemeinde Unterföhring spricht sich gegen die Festsetzung des Vorranggebiets (ursprünglichen Vorbehaltsgebietes) Nr. 10 (203 ha) aus, weil hierzu keine bzw. keine ausreichenden Aussagen zur verkehrlichen Erschließung getroffen sind und damit erhebliche negative Auswirkungen, insbesondere aus verkehrlicher Sicht während und nach dem Abbau für die Gemeinde Unterföhring zu erwarten sind.

Der Entfall der Vorrangfläche Nr. 801 (36 ha) wird begrüßt (Regionalplanerisch vorgeschlagene Funktion als Biotopentwicklung, Landschaftssee - naturorientiert). Die Gemeinde geht davon aus, dass der hier bereits festgesetzte Grünzug um diese Fläche erweitert wird.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Festsetzungen von Vorbehalts- oder Vorrangflächen, die einer landwirtschaftlichen Nutzung entgegenstehen, wird ausdrücklich widersprochen.

Az.: 610/1
3.1; 3.3

Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim; 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Ausweisung von Gewerbeflächen als Nachfolgenutzung auf dem derzeit bestehenden Kieswerksgelände bzw. Kiesverarbeitungsgelände; Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Frau Fister verlässt um 20.07 Uhr
den Sitzungssaal und kehrt um
20.09 Uhr wieder zurück.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB im Rahmen der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Ausweisung von Gewerbeflächen als Nachfolgenutzung auf dem derzeit bestehenden Kieswerksgelände bzw. Kiesverarbeitungsgelände um Stellungnahme gebeten wird. Die Planunterlagen, Stand: 06.06.2013, wurden zur Einsichtnahme vorgelegt.

Die Gemeinde Aschheim beabsichtigt, die momentan im Änderungsbereich bestehende gewerbliche Nutzung durch kiesverarbeitendes und kiesnahes Gewerbe langfristig in eine generelle gewerbliche Nutzung, als Nachfolgenutzung des Kiesabbaus, zu überführen. Nunmehr soll durch die Darstellung des Gewerbegebiets im Flächennutzungsplan die planungsrechtliche Voraussetzung dafür geschaffen werden, durch spätere verbindliche Bauleitplanung (Aufstellung eines Bebauungsplans) hier steuernd die städtebauliche Entwicklung und Ordnung herzustellen. Dem im Regionalplan als Nachfolgenutzung des Kiesabbaus formulierten Ziel „Biotopentwicklung und Landschaftssee - extensiver Erholung“ für das Vorranggebiet VR 800 kann entgegen gehalten werden, dass es sich bei den bereits vorhandenen gewerblichen Nutzungen um langfristig, bzw. unbegrenzt genehmigte Nutzungen handelt. Das Kieswerk ist bis 2015 genehmigt – bei dem langfristig zu erwartenden, weiteren Kiesabbau in unmittelbarem Umfeld, ist eine Verlängerung der Genehmigung anzunehmen. Die Recyclinganlage für Bauschutt ist bis 2022 befristet. Die Asphaltmischanlage ist ohne zeitliche Begrenzung durch das Landratsamt München genehmigt. Gemäß Grundsatz G 2.8.1.3 des Regionalplans soll „...die Verwendung recyclingfähiger Baustoffe und die Errichtung von Bauschutt- und Abbruchaufbereitungsanlagen gefördert werden.“ Demnach wäre auch eine Verlängerung des Bauschuttrecyclings zu erwarten. Die Gemeinde Aschheim geht davon aus, dass eine gewerbliche Nutzung am jetzigen Standort langfristig Bestand haben wird – die Umsetzung der Nachfolgenutzung „Biotopentwicklung und Landschaftssee“ kann also im

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

gegenständlichen Bereich nicht umgesetzt werden. Hinsichtlich des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden wäre eine geordnete Fortführung der bestehenden Nutzung zu befürworten, der Bereich ist bereits baulich technisch erheblich vorgeprägt. Ebenso ist durch die nahe Lage der Kreisstraße M3, verbunden mit dem künftigen Ausbau der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning (BAB 99), eine gute verkehrliche Anbindung an den überörtlichen Verkehr störungsfrei gegeben. Die Zufahrt des künftigen Gewerbegebiets soll von hier aus erfolgen. Den regionalplanerischen Zielen des Grünzugs (Z 4.2.2) kann entgegengehalten werden, dass weder die Gliederung der Siedlungsräume noch die Erholungsvorsorge in Siedlungsgebieten und siedlungsnahen Bereichen bei der zu erwartenden Weiterführung der momentan zulässigen Nutzung umsetzbar ist. Zur Verbesserung des Bioklimas und zur Sicherung eines ausreichenden Luftaustausches trägt der Grünzug im gegenständlichen Bereich nicht entscheidend bei – im neuen Entwurf des Regionalplans (Karte 2: Siedlung und Versorgung - Regionale Grünzüge und Regionaler Biotopverbund, Stand 30.04.2013) ist er nicht als Grünzug mit der prioritären Funktion der Kaltluft- und Frischluftentstehung dargestellt. Den Funktionen des Grünzugs steht somit die Darstellung eines Gewerbegebiets nach Ansicht der Gemeinde Aschheim nicht entgegen. Vielmehr soll durch die jetzt bereits dargestellte umlaufende Eingrünung des Gebiets als auch durch die konkrete Planung im nachgeschalteten Bebauungsplanverfahren mit differenzierten grünordnerischen Festsetzungen den Belangen des Natur- und Umweltschutzes sowie des Landschafts- und Siedlungsbildes Rechnung getragen werden.

Bisherige Darstellung

- Fläche für Landwirtschaft 9,90 ha
überlagert durch:
- Fläche für Abgrabung geplant -
- Kieswerke und Bitumenmisch- -
anlage (zeitlich begrenzt mit
Nachfolgenutzung Erweiterung
Golfplatz)

Neu Darstellung

- Gewerbegebiet 8,40 ha
(als Nachfolgenutzung des
Kiesabbaus)
- Grünfläche (Eingrünung) 1,50 ha
9,90 ha

In diesem Zusammenhang wird auf die Beschlüsse des Gemeinderates vom 08.03.2012, Nr. 755, vom 20.06.2012, Nr. 793, und vom 13.09.2012, Nr. 826, hingewiesen, in denen ausdrückliche Einwendungen und Hinweise zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes, Änderungsbereich 1 (Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen), der Gemeinde Aschheim vorgebracht wurden.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

1022 20 Beschluss: 20 : 0

Im Rahmen der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Ausweisung von Gewerbeflächen als Nachfolgenutzung auf dem derzeit bestehenden Kieswerksgelände bzw. Kiesverarbeitungsgelände werden seitens der Gemeinde Unterföhring folgende ausdrückliche Einwendungen und Hinweise vorgebracht:

Gegen die bestehende Nutzung (Asphalt-Mischwerk, Kiesabbau, Bodenrecycling o.ä.) bestehen keine Einwände. Unmittelbar an der Gemeindegrenze zu Unterföhring wird eine wesentlich geänderte oder erweiterte Nachfolgenutzung aus Erschließungsgründen als äußerst bedenklich angesehen und in dieser Form abgelehnt.

Eine Zu- und Abfahrt, ausgelöst durch Verkehr zusätzlicher Nutzungsarten- und Nutzungsflächen über Feldwege oder private Eigentümerwege, in Unterföhring lehnt der Gemeinderat entschieden ab.

Az.: 6010
3.1; 3.3

Neues Nutzungskonzept für die Kinderkrippe 2 und Kinderkrippe 3; Umwandlung in Kinderhäuser (Empfehlungsbeschluss aus dem Wohnungs- und Sozialausschuss)

Herr Rott verlässt um 20.09 Uhr
den Sitzungssaal.

Die Anzahl der Kinder im Krippenalter ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Derzeit haben wir etwa 260 Kinder, die in den örtlichen Krippen untergebracht sind oder für die um einen Krippenplatz nachgefragt wurde. Bei zur Verfügung stehenden 185 Krippenplätzen in allen Unterföhringer Einrichtungen entspricht dies einem Abdeckungsgrad von ca. 72 %. Durch die Unterbringung von Unterföhringer Kindern in externen Einrichtungen sowie bei Tagesmüttern konnten bis dato weitere 45 Kinder mit einem Betreuungsplatz versorgt werden. Der Erfolg dieser hohen alternativen Unterbringungszahl liegt in den jüngsten Entscheidungen des Gemeinderats, nunmehr auch die Betreuung durch Tagesmütter zu bezuschussen sowie diesen Zuschussbetrag auf bis zu 400,00 € monatlich zu erhöhen. Damit konnten von den ca. 260 Anfragen nach einem Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr bisher insgesamt 230 bedient werden, was einer Abdeckungsquote von ca. 88 % entspricht.

Dieser Unterbringungsdruck wird sich auf den Bereich des Kindergartens verlagern. Bereits für das laufende KiTa-Jahr 2013/2014 werden wir alle Kapazitäten, die wir für die Unterbringung von Kindern ab dem dritten Lebensjahr zur Verfügung haben, nutzen müssen, um hier weiterhin eine Abdeckung von 100 % gewährleisten zu können.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das sollte auch weiterhin das erste Ziel im Bereich der Kinderbetreuung sein.

Dies bedeutet für das laufende KiTa-Jahr 2013/2014, dass im Kinderhaus eine der beiden bestehenden Kinderkrippengruppen in eine weitere Kindergartengruppe umgewandelt werden musste (Schaffung von 25 weiteren Kindergartenplätzen) und Optionskinder der Kinderkrippen (Kindergarten oder Krippe) zum Teil in der Kinderkrippe verbleiben mussten.

Für die Zukunft (ab KiTa-Jahr 2014/2015) wäre zu überlegen, ob aus der Krippe 2 und der Krippe 3 ebenfalls sog. Kinderhäuser gemacht werden sollen, d.h. auch dort feste Kindergartengruppen vorgesehen werden.

Folgende Vorteile würden hierdurch entstehen:

- Noch flexiblere Möglichkeiten, bedarfsorientiert zwischen Krippen- und Kindergartengruppe zu wechseln, da diese Option dann in insgesamt drei Einrichtungen gegeben wäre
- Entlastung des Kinderhauses durch Schaffung weiterer Kindergartengruppen in anderen Einrichtungen
- Möglichkeit, im Kinderhaus mittelfristig wieder mehr (bis zu fünf) Krippengruppen zu etablieren

Konkret denkbar wären in der Krippe 2 die beiden neuen Krippengruppen (Anbau) sowie in der Krippe 3 das obere Stockwerk mit insgesamt vier Gruppen für eine Doppelnutzung vorzusehen. Hierdurch könnten insgesamt sechs zusätzlich flexible Gruppen entstehen, die je nach Bedarf als Krippen- oder Kindergartengruppe genutzt werden können.

Falls tatsächlich das Angebot an Kindergartenplätze ausgeweitet und hierdurch die Krippenplätze reduziert werden müssen, kann diese Maßnahme durch das bis dahin ausgebaute Angebot der Kindertagespflege aufgefangen werden.

Mit der AWO Bezirk Oberbayern e. V. ist die Umwandlung der Krippe 2 und Krippe 3 bereits abgestimmt. Die Entscheidung der Gemeinde sollte bereits in diesem Jahr vorliegen, da die Einrichtungen die Zeit bis zum KiTa-Jahr 2014/2015 benötigen, um konzeptionell sowie im Bedarfsfall personell die Umwandlung in ein Kinderhaus vorzubereiten.

Die Umwandlungen wären mit einmaligen Anschaffungen verbunden, da die Einrichtungen, die derzeit lediglich Krippenausstattung haben, mit entsprechenden Kindergartenmöblierungen ausgestattet werden müssten sowie im Nassbereich die Toiletten altersgerecht umgebaut werden müssten. Bei der Krippe 2 wäre die Schaffung eines zusätzlichen Raumes durch das Andocken eines zusätzlichen Containers erforderlich.

Der Wohnungs- und Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am 02.07.2013 mit dem Thema beschäftigt und mit Beschluss, Nr. G619, dem Gemeinderat folgendes empfohlen:

Damit das Betreuungsangebot für Krippen- und Kindergartenkinder künftig noch flexibler und bedarfsorientierter erfolgen kann, sollen sowohl die Kinder-

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

krippe 2 als auch die Kinderkrippe 3 ab dem KiTa-Jahr 2014/2015 als Kinderhäuser mit Krippen- und Kindergartenplätzen fungieren. Hierzu können in der Kinderkrippe 2 die beiden neuen Gruppenräume sowie in der Kinderkrippe 3 die Gruppenräume im 1. OG je nach Bedarf in Kinderkrippen- oder Kindergartengruppen umgewandelt werden.

Die finanziellen Mittel für die bei einer Umwandlung notwendigen Maßnahmen werden zur Verfügung gestellt.

1023 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Wohnungs- und Sozialausschusses.

Damit das Betreuungsangebot für Krippen- und Kindergartenkinder künftig noch flexibler und bedarfsorientierter erfolgen kann, sollen sowohl die Kinderkrippe 2 als auch die Kinderkrippe 3 ab dem KiTa-Jahr 2014/2015 als Kinderhäuser mit Krippen- und Kindergartenplätzen fungieren. Hierzu können in der Kinderkrippe 2 die beiden neuen Gruppenräume sowie in der Kinderkrippe 3 die Gruppenräume im 1. OG je nach Bedarf in Kinderkrippen- oder Kindergartengruppen umgewandelt werden.

Die finanziellen Mittel für die bei einer Umwandlung notwendigen Maßnahmen werden zur Verfügung gestellt und sind im Haushalt 2014 entsprechend einzuplanen.

Az.: 4231

1; 2; 3; 0

Herr Rott kehrt um 20.10 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

Kindertagespflegeprojekt in Unterföhring; Umbau des Objektes an der Tulpenstraße 10

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 14.03.2013, Nr. 943, in Erinnerung, mit dem der Ausbau der Kindertagespflege in Unterföhring beschlossen wurde.

Ein Baustein des Konzeptes sieht vor, dass bei Bedarf interessierten Tagespflegepersonen gemeindeeigene Räumlichkeiten für die Betreuung von Kindern zur Verfügung gestellt werden. Dies ist insbesondere dann notwendig, wenn die Tagespflegepersonen die Betreuung in den eigenen Wohnräumen nicht übernehmen können.

Die Verwaltung hat daher in Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendamt im Landratsamt München verschiedene gemeindeeigene Objekte dahingehend geprüft, ob die jeweiligen Räumlichkeiten für das Kindertagespflegeprojekt geeignet sind und entsprechend eingerichtet werden können.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

In dem gemeindeeigenen Objekt in der Tulpenstraße 10 (928 m²) in Unterföhring sind nach Auskunft des Kreisjugendamts diese Voraussetzungen gegeben, sodass dort eine sog. Großtagespflege eingerichtet werden könnte.

Das Einfamilienhaus mit großem Garten im hinteren Bereich kann durch entsprechende bauliche Maßnahmen so hergerichtet werden, dass

- sich im Untergeschoss der notwendige Aktivbereich befindet, von dem der direkte Zugang in den Gartenbereich besteht
- im Erdgeschoss die (vorhandene) Küche nebst Essbereich eingerichtet werden kann
- sich im Erdgeschoss zusätzlich der notwendige Ruheraum befindet
- die im Erdgeschoss befindlichen sanitären Anlagen durch geringfügige Anpassungen dem Nutzungszweck entsprechen
- die Zimmer im Obergeschoss als (dringend benötigte) zusätzliche WG-Zimmer für pädagogische Fachkräfte ausgebaut werden können.

Durch diese Nutzungsänderung könnte -den Vorgaben des Kreisjugendamts entsprechend- eine sog. Großtagespflege für die Betreuung von bis zu 8 (bzw. 10) Kleinkindern eingerichtet werden.

Die Umbauarbeiten könnten ab November beginnen, sodass bei optimalem Verlauf der Betrieb der Großtagespflege im Frühjahr 2014 begonnen werden könnte.

Für die Umbaumaßnahmen und Ausstattungen werden nach ersten Ermittlungen mehrere 10.000,- € erforderlich. Aus der Mitte des Gemeinderates wird eine Besichtigung des Objektes angeregt. Der Vorsitzende teilt mit, dass diese Besichtigung am Samstag gegen 13:00 Uhr stattfinden wird und lädt das gesamte Gremium hierzu ein. Herr Gemeinderat Prieler fragt an, wie die niedrige prozentuale Abdeckung für den Krippenbereich in Unterföhring zustande kommt und verweist auf die Presseberichte. Hierzu erläutert der Vorsitzende den Sachstand verweist auf die Berichte aus der SZ vom 02.09.2013 und MM vom 01.08.2013 und stellt folgendes klar:

Seit dem 01.08.2013 gilt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. In Unterföhring sind derzeit insgesamt 327 Kinder gemeldet, die am 01.09.2013 in der relevanten Alterspanne zwischen dem ersten und dritten Lebensjahr liegen. Von diesen 327 Kindern liegen Anfragen für 270 Kinder für einen Betreuungsplatz vor. Die Betreuung dieser 270 Anfragen verteilt sich wie folgt:

Krippenplätze in Unterföhring:	185
in externen Krippen bzw. bei Tagesmüttern untergebracht:	45
in Betreuung befindliche Kinder gesamt:	230

Hierbei sind die Kinder, die im Kinder- und Babypark der Nachbarschaftshilfe stunden- oder tageweise betreut werden, nicht berücksichtigt.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Somit ergibt sich aktuell eine Angebotsquote (230 Betreuungen für 327 Kinder) von ca. 70 %.

Zum Vergleich: der vom Gesetzgeber errechnete Wert für die Angebotsquote, der die Grundlage für den gesetzlichen Anspruch darstellt, liegt bei 39 %.

Die Abdeckungsquote (230 Betreuungen für 270 tatsächliche Anfragen) liegt sogar bei rund 85 %.

Für die bisher nicht berücksichtigten Kinder werden weiterhin Betreuungsplätze organisiert. Insbesondere die Etablierung des Tagespflegeprojekts soll hier einen wesentlichen Beitrag leisten.

1024 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stellt das Objekt in der Tulpenstraße 10 in Unterföhring bis auf weiteres für die Nutzung im Rahmen des Kindertagespflegeprojekts zur Verfügung.

Die notwendigen Umbauarbeiten und Beschaffungen sind vorzunehmen; die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € brutto werden zur Verfügung gestellt.

Az.: 431

1; 3; 0; 2

Erlass von Satzungen

- a) für die Benutzung der Pfarrvilla für standesamtliche Trauungen
und Lebenspartnerschaften sowie für repräsentative Zwecke;
- b) zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Trauräume in der Pfarrvilla (Gebührensatzung Pfarrvilla)
(Empfehlungsbeschluss aus dem Finanzausschuss)

- a) Satzung für die Benutzung der Pfarrvilla für standesamtliche Trauungen und Lebenspartnerschaften sowie für repräsentative Zwecke

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderats vom 11.07.2013, Nr. 1007, in Erinnerung, mit dem ein Raum in der Pfarrvilla zu einem weiteren Trauraum für das Standesamt Unterföhring öffentlich gewidmet wurde.

Für die Nutzung dieser gemeindeeigenen öffentlichen Einrichtung ist eine entsprechende Nutzungssatzung notwendig, auf deren Grundlage in der Folge auch eine Gebührensatzung erlassen werden kann.

Die zur Beschlussfassung vorgelegte Benutzungssatzung ist durch das Landratsamt München geprüft und entsprechend freigegeben worden.

Herr Peischl verlässt um 20.19 Uhr
den Sitzungssaal.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

1025 19

Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat beschließt den Erlass der vorgelegten „Satzung für die Benutzung der Pfarrvilla für standesamtliche Trauungen und Lebenspartnerschaften sowie für repräsentative Zwecke“. Die Satzung tritt rückwirkend zum Zeitpunkt der öffentlichen Widmung und damit zum 15.07.2013 in Kraft.

Az.: 0280
1; 0; 2; 3

- siehe Beilage -

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- b) Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Trauräume in der Pfarrvilla (Gebührensatzung Pfarrvilla); (Empfehlungsbeschluss aus dem Finanzausschuss)

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderats vom 11.07.2013, Nr. 1007, in Erinnerung, mit dem ein Raum in der Pfarrvilla zu einem weiteren Trauraum für das Standesamt Unterföhring öffentlich gewidmet wurde.

Die bayerischen Standesämter sind verpflichtet, mindestens einen Raum zur Durchführung der Trauungen unentgeltlich bereitzustellen.

Da der bisherige Trauraum im Rathaus bestehen bleibt, stellt der neue Trausaal in der Pfarrvilla ein erweitertes Angebot des Standesamts Unterföhring dar, die Eheschließung in einem besonderen Ambiente der Jugendstilvilla vornehmen zu lassen.

Für diese zusätzliche Möglichkeit sollte eine eigene Nutzungsgebühr verlangt werden, um den erhöhten Aufwand durch die Bereitstellung eines weiteren Raumes, die dazugehörige Ausstattung sowie die ggf. damit verbundenen organisatorischen Mehraufwendungen abzudecken.

Die Verwaltung geht davon aus, dass durch dieses erweiterte, vom Ambiente her besonders reizvolle Angebot die Anfragen zu Trauungen in Unterföhring, auch von auswärtigen Paaren, entsprechend steigen werden. Es wird daher vorgeschlagen, für Trauungen in den Räumen der Pfarrvilla eine Nutzungsgebühr zu erheben.

Als Betrag werden 100,00 € pro Eheschließung als angemessen angesehen.

Eine Gebührenerhebung für die Nutzung gemeindlicher Einrichtungen setzt eine entsprechende Gebührensatzung.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 27.06.2013, Nr. G93, die Thematik behandelt und empfiehlt dem Gemeinderat, für die Nutzung der zusätzlich geschaffenen Trauräume in der Pfarrvilla eine Nutzungsgebühr in Höhe von 100,00 € zu erheben.

Die Erhebung der Gebühren stützt sich auf die im Entwurf vorgelegte "Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Trauräume in der Pfarrvilla", deren Erlass ebenfalls empfohlen wird.

Die im Finanzausschuss am 27.06.2013 behandelte Gebührensatzung wurde im Nachgang den Regelungen der erforderlichen Stammsatzung „Satzung für die Benutzung der Pfarrvilla für standesamtliche Trauungen und Lebenspartnerschaften sowie für repräsentative Zwecke“ angepasst.

Herr Peischl kehrt um 20.23 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

1026 20

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Finanzausschusses und beschließt, für die Nutzung der zusätzlich geschaffenen Trauräume in der Pfarrvilla eine Nutzungsgebühr in Höhe von 100,00 € zu erheben.

Die Erhebung der Gebühren stützt sich auf die im Entwurf vorgelegte "Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Trauräume in der Pfarrvilla", die entsprechend beschlossen wird.
Sie tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

-siehe Beilage-

Az.: 0280

1; 2; 0

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Erhebung von Gebühren und Entgelten (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss)

- a) Überarbeitung bzw. Neufestsetzung der Benutzungsgebühren für das Sportzentrum an der Jahnstraße
- b) Bürgerhaus Unterföhring; Überarbeitung bzw. Neufestsetzung des Entgelttarifs I (Raummiete)

Herr Dr. Ernstberger verlässt den
Sitzungssaal um 20.30 Uhr.

- a) Überarbeitung bzw. Neufestsetzung der Benutzungsgebühren für das Sportzentrum an der Jahnstraße

Mit Gemeinderatsbeschluss anlässlich der Währungsumstellung vom 21.06.2001, Nr. 1002, wurde letztmals die Hallenbenutzungsgebühr zum 01.01.2002 in der Dreifachturnhalle auf 51,00 € pro Halle und Tag festgesetzt.

Die Küchenbenutzungsgebühren wurden zuletzt mit Beschluss vom 15.01.2009, Nr. 160, von 60,00 € auf 30,00 € pro Tag mit Wirkung ab 01.01.2009 reduziert.

Diese festgelegten Benutzungsgebühren werden bisher analog auch für die neue Ringer- und Geräteturnhalle erhoben.

Aufgrund der großen Zeitspanne seit der letzten Gebührenüberprüfung und vor allem wegen Einbeziehung der Hallenerweiterungen erscheint eine Anpassung der Benutzungsgebühren im Sportzentrum unumgänglich.

Insbesondere ist eine entsprechende Gebührenfestsetzung für Meisterschaften, Verbandsveranstaltungen etc. sowie für deren Vorbereitung und Qualifikationen durch Dritte in Erwägung zu ziehen.

Es wird angestrebt, allen sonstigen Nutzern das Sportzentrum weitestgehend kostendeckend anzubieten

Die Jahresrechnung 2012 Sportzentrum HH-Stelle 5603 (ohne Tennishalle, ohne Sauna und Dampfbad sowie ohne Baukosten) ergab ein negatives Rechnungsergebnis in Höhe von 656.712,67 € gemäß öffentlicher Haushaltszahlen; umgerechnet: 656.712,67 € sind pro Woche 12.629,09 € bzw. pro Tag 1.799,21 € (ohne kalkulatorische Kosten wie Abschreibung und Verzinsung).

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 11.04.2013, Nr. 969, wurde entschieden, das Thema unter Vorlage einer Übersicht der Sach- und Personalkosten als Grundlage inklusive ausgearbeiteter Berechnungsbeispiele zunächst im Finanzausschuss beraten zu lassen.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mit Beschluss vom 27.06.2013, Nr. G91, empfiehlt der Finanzausschuss, für die Nutzung des Sportzentrums folgende Gebühren für Veranstaltungen mit Wirkung vom 01.01.2014 neu festzusetzen:

○ Dreifachturnhalle

Hallengebühren pro Hallendrittel/Tag:	100,00 €	für Ufg. Vereine u. Institutionen
Hallengebühren pro Hallendrittel/Tag:	250,00 €	für sonstige Nutzer
Küchenbenutzung pro Tag:	30,00 €	

○ Geräturnhalle

Hallengebühren pro Tag:	200,00 €	für Ufg. Vereine u. Institutionen
Hallengebühren pro Tag:	1.000,00 €	für sonstige Nutzer (Verbände usw.)
Küchenbenutzung pro Tag:	60,00 €	

○ Ringerhalle

Hallengebühren pro Tag:	100,00 €	für Ufg. Vereine u. Institutionen
Hallengebühren pro Tag:	500,00 €	für sonstige Nutzer (Verbände usw.)
Küchenbenutzung pro Tag:	60,00 €	

1027 19

Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat setzt für die Nutzung des Sportzentrums folgende Gebühren für Veranstaltungen mit Wirkung ab 01.01.2014 neu fest:

a) Dreifachturnhalle

Hallengebühren pro Hallendrittel/Tag:	100,00 €	für Ufg. Vereine u. Institutionen
Hallengebühren pro Hallendrittel/Tag:	250,00 €	für sonstige Nutzer
Küchenbenutzung pro Tag:	30,00 €	

b) Geräturnhalle

Hallengebühren pro Tag:	200,00 €	für Ufg. Vereine u. Institutionen
Hallengebühren pro Tag:	1.000,00 €	für sonstige Nutzer (Verbände usw.)
Küchenbenutzung pro Tag:	60,00 €	

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

c) Ringerhalle

Hallengebühren pro Tag:	100,00 €	für Ufg. Vereine u. Institutionen
Hallengebühren pro Tag:	500,00 €	für sonstige Nutzer (Verbände usw.)
Küchenbenutzung pro Tag:	60,00 €	

Die Nutzungsgebühr für örtliche Vereine und Institutionen wird im Gegenzug als Zuschuss gewährt.

Az.: 5200; 5212
0.1;2.1;3

b) Bürgerhaus Unterföhring: Überarbeitung bzw. Neufestsetzung des Entgelttarifs I; Raummiete

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 26.07.2012, Nr. 54, in Erinnerung, mit dem die Entgeltordnung für die Vermietung von Räumlichkeiten im Bürgerhaus aktualisiert wurde. In dieser werden vier Tarife aufgeführt:

- Tarif I: Normaltarif für alle Veranstaltungen, die nicht in den Folgetarifen aufgeführt sind
- Tarif II: Unterföhringer Betriebe
- Tarif III: Veranstaltungen örtlicher Vereine, Organisationen, Verbände usw.
- Tarif IV: Veranstaltungen von Unterföhringer Bürgern

In der Praxis zeigt es sich, dass der Tarif I sich als sehr günstig darstellt für Einmietungen von externen Unternehmen (Unternehmen außerhalb Unterföhrings).

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Tarif I zu überarbeiten und neu zu bezeichnen mit "Tarif IP" (für "Privat") sowie eine neue Benutzungsgebühr für die Vermietung an Unternehmen einzuführen mit der Bezeichnung "Tarif IG" (für "Gewerbliche Nutzung"):

	Tarif I P (bisher Tarif I)		Tarif I G	
	W	Sa/So/F	W	Sa/So/F
Großer Saal ohne Bühne	600,-	630,-	1.200,-	1.260,-
Bühne	100,-	130,-	200,-	260,-
Kleiner Saal	200,-	230,-	400,-	460,-

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Foyer (alleine)	150,-	180,-	300,-	360,-
Catererraum	100,-	130,-	200,-	260,-
Besprechungsraum 2. OG	70,-	100,-	140,-	200,-

Mit Beschluss vom 27.06.2013, Nr. G92, empfiehlt der Finanzausschuss dem Gemeinderat, den bisherigen Tarif I umzubenennen in Tarif I P sowie einen neuen Tarif I G einzuführen für die Vermietung von Räumlichkeiten für Unternehmen außerhalb Unterförhrrings.

1028 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, für die Vermietung von Räumlichkeiten für Unternehmen außerhalb Unterförhrrings den bisherigen Tarif I umzubenennen in Tarif I P (Privat) sowie einen neuen Tarif I G (Gewerbliche Nutzung) einzuführen.

Folgende Tarife werden mit Wirkung ab 01.10.2013 festgelegt:

	Tarif I P		Tarif I G	
	W	Sa/So/F	W	Sa/So/F
Großer Saal ohne Bühne	600,-	630,-	1.200,-	1.260,-
Bühne	100,-	130,-	200,-	260,-
Kleiner Saal	200,-	230,-	400,-	460,-
Foyer (alleine)	150,-	180,-	300,-	360,-
Catererraum	100,-	130,-	200,-	260,-
Besprechungsraum 2. OG	70,-	100,-	140,-	200,-

Die ergänzte Tabelle ist in die Entgeltordnung mit Stand 12.09.2013 einzuarbeiten und wird Beilage des Beschlusses.

- siehe Beilage -

Az.: 9123
2; 4

Herr Dr. Ernstberger kehrt um 20.32
Uhr in den Sitzungssaal zurück.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Öffentlicher Personen-Nahverkehr;

a) Vorgesehene Fahrplanänderung bei der Buslinie 233

b) Benennung der bisherigen Haltestelle „Gemeindehalle“

a) Vorgesehene Fahrplanänderung bei der Buslinie 233

Zum Jahresfahrplan 2014 (ab 15.12.2013) ändern sich die Fahrplanlagen der U6. Dies hat auch Auswirkung auf die MVV-Regionalbuslinie 233, deren Verkehr am Samstag derzeit noch als Erprobungsmaßnahme durch die Gemeinde Unterföhring finanziert wird.

Um die Anschlusssituation von/zur U6 in „Studentenstadt (U)“ bestmöglich aufrecht zu halten, werden daher Änderungen des Fahrplans der MVV-Regionalbuslinie 233, hinsichtlich des Samstagsverkehrs, erforderlich. Würde man den Fahrplan der MVV-Regionalbuslinie 233 am Samstag gegenüber dem derzeitigen Fahrplan (Jahresfahrplan 2013) unverändert lassen, würden sehr ungünstige Umsteigezeit zur U6, oder aber von der U6 existieren, was sich nachteilig für die Fahrgäste und damit verbunden auf die Attraktivität/ Erfolg des Verkehrsangebotes der MVV-Regionalbuslinie 233 auswirken würde.

Derzeit bedient die MVV-Regionalbuslinie 233 samstags nicht die Haltestelle am Unterföhringer S-Bahnhof. Gegenwärtig fahren die Busse samstags von der Studentenstadt kommend bis zur Haltestelle „ZDF-Straße“ und von dort über die Beta Straße direkt zurück zur Studentenstadt.

Der MVV München schlägt vor, den Linienweg der MVV-Regionalbuslinie 233 samstags nunmehr ab der Haltestelle „Medienallee“ links zum S-Bahnhof Unterföhring zu führen. Dort haben die Busse umlaufbedingt Standzeit und fahren von dort über die Medienallee und Dieselstraße zur M3 und weiter Richtung Studentenstadt. Auch wenn hierdurch die Anbindung der Haltestelle „ZDF-Straße“ am Samstag entfallen würde, wird mit dem neuen Linienweg jedoch die Anbindung des Unterföhringer S-Bahnhofes erreicht, welches das Angebot aus Sicht des MVV attraktiver gestaltet.

In Folge der mit der Fahrplananpassung verbundenen geänderten Betriebsleistung und Dienstzeiten des Fahrpersonals entstehen zusätzliche Betriebskosten in Höhe von ca. 6.000 Euro pro Jahr.

1029 20 Beschluss: 20 : 0

Der vom MVV vorgeschlagenen Fahrplananpassung des Samstagsverkehrs der MVV-Regionalbuslinie 233 wird zugestimmt. Der Linienweg soll im Bereich des Gewerbegebietes nunmehr ab dem Jahresfahrplan 2014 ab der Haltestelle „Medienallee“ zum S-Bahnhof Unterföhring geführt werden. Die Rückführung zur U6 erfolgt dann über die Dieselstraße zur M3 und weiter Richtung Studentenstadt. Durch diese Anpassung wird künftig samstags die Haltestelle „ZDF-Straße“ nicht mehr bedient.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die mit der Fahrplananpassung verbundenen geänderten Betriebsleistung und Dienstzeiten des Fahrpersonals entstehen zusätzliche Betriebskosten in Höhe von ca. 6.000 Euro pro Jahr werden für den noch ausstehenden Erprobungszeitraum übernommen.

Az.: 8511

1; 0; 2; 3

b) Benennung der bisherigen Haltestelle „Gemeindehalle“

Die Linienhaltestelle der Buslinien 188 sowie 231 an der ehem. Gemeindehalle trägt bis dato die gleichlautenden Bezeichnung „Gemeindehalle“.

Durch die Schulhauserweiterung und Abriss der Gemeindehalle fehlt inzwischen der Bezug zur derzeitigen Bezeichnung der Haltestelle.

Als mögliche Alternative schlug der MVV der Gemeinde Unterföhring die Bezeichnung "Rathaus" oder "Bürgerhaus" vor. Aus Sicht der Verwaltung fehlt bei dieser Bezeichnung jedoch der unmittelbare, örtliche Bezug. Die Verwaltung schlägt daher zur Beschlussfassung die Bezeichnung „Rathaus“ vor, welche bereits (wenn zeitlich noch realisierbar) im Jahresfahrplan 2014 berücksichtigt werden könnte.

1030 20 Beschluss: 20 : 0

Die Linienhaltestelle der Buslinien 188 sowie 231 an der ehem. Gemeindehalle soll künftig die Bezeichnung „Rathaus“ führen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Änderungen dem MVV bekanntzugeben und die Umsetzung (wenn zeitlich noch realisierbar) bereits im Jahresfahrplan 2014 zu veranlassen.

Az.: 8513

1; 0; 2; 3

Wiederherstellung des Isarradwegs auf Unterföhringer Gebiet; aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderats vom 20.06.2013, Nr. 992, in dem sich der Gemeinderat ausschließlich und grundsätzlich für die Erhaltung der flussbegleitenden Fuß- und Radwege an der Isar ausgesprochen hat.

In der Besprechung am 31.07.2013 im Rathaus der Gemeinde wurde ebenfalls das Hochwasser zum Hauptanlass der Verlegung der Radwege an der Isar. Diese sieht eine Abrückung des Radweges Richtung Osten von maximal ca. 5 bis 30 Meter vor.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Eigentümer der betroffenen Grundstücke sind der Freistaat Bayern, E.ON Wasserkraft und der Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete.

Der am 12.08.2013 eingegangene Plan des Wasserwirtschaftsamtes München wird zur Einsichtnahme vorgelegt.

Die neuen Wegtrassen liegen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Isartal“. Ein kurzer Abschnitt des alten, aufzulassenden Weges ist als FFH-Gebiet ausgewiesen. Die neue Wegtrasse liegt außerhalb des FFH-Gebietes. Auch der Eingriff in den Gehölzbestand für die neue Wegtrasse liegt außerhalb des FFH-Gebietes.

Der zu verlegende Unterhaltungsweg am Ostufer der Isar befindet sich fast auf der gesamten Strecke unmittelbar an der Böschungsschulter des Mittelwasserbetts und liegt im Überflutungsbereich mehrerer Hochwässer der letzten Jahre. Bei den letztjährigen Hochwasserabflüssen 2009 und 2013 wurde der Weg immer wieder stark beschädigt. Um eine naturnahe Uferzone zu entwickeln, soll der Unterhaltungsweg am Ostufer auf eine schon bestehende und höher gelegene Trasse an der Böschung zum Mittleren Isar Kanal verlegt werden. Die vorhandene Ufersicherung bleibt bestehen. Bei zukünftigen Unterhaltungsmaßnahmen kann durch die Wegeverlegung neben der Schutzfunktion auch wesentlich besser auf eine ökologische Gestaltung der Uferverbauungen eingegangen werden. Der bestehende Weg wird zum Teil als Baustraße für das Vorhaben verwendet. Dazu werden die zerstörten Bereiche mit Kies aufgefüllt. Nach Abschluss der Maßnahme wird der Bereich naturnah zurückgebaut. Hierbei werden die unterschiedlichen Bedürfnisse der aquatischen und terrestrischen Habitate Berücksichtigung finden.

Die Unterhaltslast teilt sich wie folgt auf:

5/6 Anteil trägt der Freistaat Bayern, vertreten durch das Wasserwirtschaftsamt München und 1/6 Anteil übernimmt die E.ON Wasserkraft.

Herr Ilmberger verlässt um 20.41 Uhr
den Sitzungssaal.

1031 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderatsbeschluss vom 20.06.2013, Nr. 992, wird grundsätzlich aufrechterhalten. Der geringfügigen Verlegung des Unterhaltungsweges am Ostufer der Isar als Hochwasserschutzmaßnahme um maximal 5 bis 30 Meter im Bereich FKM 141,0 und FKM 139,0 wird als sachgerecht und notwendig erachtet und somit zugestimmt.

Az.: 6316
3.2; 3.3

Herr Ilmberger kehrt um 20:43 Uhr
in den Sitzungssaal zurück.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nutzung des Bürgerfestplatzes an der Jahnstraße als bewirtschafteter Parkplatz; weiteres Vorgehen (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses, Nr. G393, vom 02.07.2013, in dem beschlossen wurde, von einer Planung zur Nutzung des Bürgerfestplatzes als bewirtschafteter Parkplatz durch ein Ingenieurbüro Abstand zu nehmen. Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgendes:

1. Von der Bewirtschaftung des Parkplatzes an der Jahnstraße ist Abstand zu nehmen.
2. Die Errichtung von beleuchteten Frauen- und Behindertenparkplätzen.
3. Der Parkplatz für die Besucher des Sportzentrums, der Tennisanlage und der Sommerstockschißenbahn ist abzutrennen und geeignet zu sichern.

Die Gemeinderatsbeschlüsse vom 17.06.2004, Nr. 465, und vom 08.07.2004, Nr. 482, sollen aufgehoben werden.

1032 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 02.07.2013, Nr. G393, zu und beschließt, dass von einer Planung durch ein Ingenieurbüro Abstand genommen wird. Die Gemeinderatsbeschlüsse vom 17.06.2004, Nr. 465, und vom 08.07.2004, Nr. 482, werden aufgehoben. Es sollen beleuchtete Frauen- und Behindertenparkplätze errichtet werden. Der Parkplatz für die Besucher des Sportzentrums, der Tennisanlage und der Sommerstockschißenbahn soll abgetrennt und geeignet gesichert werden.

Az.: 6318
3.2; 3.1 ;2 1; 1.1

Schülerweiterung Grundschule Unterföhring; Sachstands- und Kostenbericht

Der Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates seit 14.10.2010, Nr. 512, und des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses seit 28.09.2010, Nr. 302, in Erinnerung. Der Sachstands- und Kostenbericht (Stand 28.08.2013) wird dem Gremium zugestellt.

Sachstand:

Die Baumeisterarbeiten für die Schülerweiterung der Grundschule Unterföhring wurden am 19.11.2012 aufgenommen und werden nach derzeit vorliegendem Bauzeitenplan der Firma Berger Bau GmbH, Passau, am 26.09.2013 vollständig abgeschlossen.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zwischenzeitlich haben folgende weitere Firmen bzw. Gewerke Ihre Arbeiten für die Schulerweiterung Grundschule Unterföhring aufgenommen:

- Dachabdichtungsarbeiten:
Fuß und Gartenschläger Flachdachbau GmbH, 95336 Mainleus
- Putzarbeiten:
Löwenbau GmbH, 83714 Miesbach
- Fassaden- und Fensterbauarbeiten:
REIKI Stahl- und Metallbau GmbH, 94315 Straubing
- Stahl- und Metallbauarbeiten (Brücke):
Spyra Stahl GmbH, 83104 Tuntenhausen-Ostermünchen
- Schlosserarbeiten:
A.F.F.T. GmbH, 36404 Vacha-Oberzella
- Heizung:
G & W Group GmbH, 85716 Unterschleißheim
- Lüftung:
Gebrüder Peters Gebäudetechnik GmbH, 85055 Ingolstadt
- Sanitär:
Manfred Himmelreich GmbH + Co., 81829 München
- Dämmung:
B.B. PETRONESCU, 84095 Furth
- Brunnenbau:
Georg Mayer Spezialtiefbau GmbH, 83135 Schechen
- Elektroinstallation:
Elektro-Netzwerk Ramsauer e.K., 84149 Velden
- Blitzschutzanlage:
Fritz Hofmann, 90431 Nürnberg
- Photovoltaikanlage:
Hörmann GmbH Energie- und Gebäudetechnik, 83646 Bad Tölz
- Aufzug:
KONE GmbH Aufzüge und Rolltreppen, 82110 Germering

Folgende Gewerke wurden bereits fertiggestellt:

- Trafostation:
SAG GmbH, 84030 Ergolding
- Zimmererarbeiten:
Bauunternehmung Hubert Schmid, 87616 Marktoberdorf

Für die Sommerferien 2013 war geplant, das bestehende Treppenhaus für den Kellerzugang abzubrechen, die Fundamente herzustellen und die Grundkonstruktion der Verbindungsbrücke anzubringen.
Der Abbruch ist plangemäß durch die Firma Berger Bau GmbH, Passau, ausgeführt worden.

Mit E-Mail vom 21.08.2013 teilte die Firma Spyra Stahlbau GmbH, Tuntenhausen – Ostermünchen, mit, dass der geplante Montagetermin von der ursprünglich vorgesehenen KW 36 (02.09.2013) auf KW 40 (30.09.2013) aufgrund längerdauernder Planung verschoben werden muss.
Die Errichtung der Photovoltaikanlage war für 02.09.2013 geplant. Mangels

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Vorleistung der Dachabdichtungsarbeiten mussten die Arbeiten um drei Wochen auf 23.09.2013 verschoben werden.

Das Gewerk Estricharbeiten wurde am 28.06.2013 im Amtsblatt der europäischen Union mit einer geschätzten Auftragssumme von 111.542,27 € brutto im offenen Verfahren ausgeschrieben.

Insgesamt acht Firmen haben die Angebotsunterlagen angefordert. Die Angebotsöffnung fand am 20.08.2013 statt. Insgesamt wurden gemäß Submissionsniederschrift fünf Angebote unterbreitet.

Nach rechnerischer und fachtechnischer Prüfung aller eingereichten Angebote durch das Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, ergibt sich unter Berücksichtigung von Nachlässen folgende Wertungsreihenfolge:

Bieter	Angebot vom	Angebotssumme brutto	
1. ANDIC Bau, 10719 Berlin	13.08.2013	51.614,36 €	100,0%
2. KFK Estrichbau GmbH, 04860 Torgau	16.08.2013	56.445,33 €	109,4%
3. elmas Fußbodentechnik GmbH, 06188 Landsberg-Queis	13.08.2013	61.657,91 €	119,5%
4. Spoma Parkett und Ausbau GmbH, 39126 Magdeburg	29.07.2013	63.485,37 €	123,0%
5. Süd Estrich GmbH, 85777 Fahrenzhausen	15.08.2013	72.648,94 €	140,8%

Die Firma Andic Bau hatte, auch nach rechnerischer Prüfung das günstigste Angebot abgegeben. Trotz nochmaliger Anforderung der Bestätigungen/ Nachweise zur Eigenerklärung sind diese nicht innerhalb der Nachfrist von sechs Kalendertagen bzw. überhaupt nicht vorgelegt worden. Das Angebot der Firma Andic Bau wurde aufgrund der Nichtvorlage der Unterlagen ausgeschlossen. Es wurde empfohlen, den Zuschlag an den zweitplatzierten, die Firma KFK Estrichbau, Torgau, zu erteilen. Das Angebotsdelta zwischen der Firma Andic Bau (1. Platz) und der Firma KFK Estrichbau (2. Platz) beträgt 4.830,77€ brutto.

Durch das planende Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, wurde mit Vergabevorschlag vom 28.08.2013 die Vergabe des Gewerks Trockenbauarbeiten auf das wirtschaftlichste Angebot der Firma KFK Estrichbau, Torgau, gemäß Angebot vom 16.08.2013 und einer Angebotssumme von 56.445,33 € brutto vorgeschlagen.

Der Zuschlag für das Gewerk Estricharbeiten wurde am 29.08.2013 in sitzungsfreier Zeit gemäß Vergabevorschlag des planenden Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, vom 28.08.2013, an das wirtschaftlichste

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Angebot der Firma KFK Estrichbau, Torgau, gemäß Angebot vom 16.08.2013 und einer Angebotssumme von 56.445,33 € brutto erteilt. Auf den Beschluss des Gemeinderates vom 26.07.2012, Nr. 817, wird hingewiesen.

Das Gewerk Fliesenarbeiten wurde am 16.08.2013 im Amtsblatt der europäischen Union mit einer geschätzten Auftragssumme von 99.618,47 € brutto im offenen Verfahren ausgeschrieben. Die Submission findet am 17.09.2013 statt. Voraussichtlicher Beginn der Arbeiten ist für 04.11.2013 terminiert.

Das Gewerk Geschliffener Monolithbeton (Terrazzo) wurde am 16.08.2013 im Amtsblatt der europäischen Union mit einer geschätzten Auftragssumme von 186.580,01 € brutto im offenen Verfahren ausgeschrieben. Die Submission findet am 17.09.2013 statt. Voraussichtlicher Beginn der Arbeiten ist für 07.01.2014 terminiert.

Wärmeversorgung:

Gemäß Erläuterungsbericht des planenden Ingenieurbüros Frey - Donabauer – Wich, Gaimersheim, wird die Beheizung des Schulgebäudes über Flächenheizsysteme realisiert. Die verschiedenen Bereiche erhalten Fußbodenheizung und Betonkernaktivierung sowie Brüstungsheizung.

Die Wärmebereitstellung einschließlich Warmwasser wird durch die GEOVOL Unterföhring GmbH bereitgestellt.

Die Betonkernaktivierung wird im Sommer zu Kühlzwecken verwendet. Diese Kühlung ist ein "Abfallprodukt" aus der Nutzung der Erdsenke. Diese Kühlung hat aber nicht die Eigenschaft einer Klimatisierung, sondern schafft ein behaglicheres Klima in den Grenzen des Systems, das für die Heizung ausgelegt ist.

Kostenbericht:

Nach Fortschreibung der Kostenberechnung entsprechend der vorliegenden Beschlüssen zu den Festlegungen der Ausstattungen und Materialitäten belaufen sich die Baukosten ohne Planungskosten derzeit auf 12.242.295,64 € brutto. Die Kostenverfolgung, Stand 29.08.2013, wurde dem Gremium zugestellt.

Der Auftragsstand inklusive aller bisherigen Nachträge zum 29.08.2013 beträgt 8.704.521,35 € brutto und entspricht 104,86 % des für die Gewerke vorgesehenen Budgets der Kostenberechnung. Durch Änderung in der Zuordnung der einzelnen Leistungen zu den einzelnen Gewerken während der Ausführungsplanung erfolgt eine Änderung der Gewerkebudgets. Die Überschreitungen sind in den Zuständigkeiten der jeweiligen Fachplaner bis zur Abrechnung zu kompensieren. Der Zahlstand zur Auftragssumme der Baukosten (29.08.2013) beträgt 2.174.410,99 € brutto.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

1033 20 Beschluss: 20 : 0

Der Sachstands- und Kostenbericht ohne Planungskosten, Stand 29.08.2013, für die Schulerweiterung Grundschule Unterföhring wird zur Kenntnis genommen.

Die Planungsbeteiligten werden angewiesen, entsprechende Vorschläge zur Einhaltung des Kostenrahmens vorzulegen.

Az.: 621
3.1; 2.0; 0

Antrag des Musikgartens Unterföhring auf Förderung; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 13.09.2012, Nr. 833.

Mit Schreiben vom 23.07.2012 (Posteingang am 26.07.2012) bat Frau Rosemarie Tremel vom Musikgarten Unterföhring um Förderung und Gleichbehandlung. Im Zusammenhang damit wurde die Förderung und Ausstattung der Musikschule mit Räumlichkeiten und Gegenständen genannt. Das Schreiben des Musikgartens Unterföhring ist den Mitgliedern des Gemeinderates bekannt gegeben worden.

Nach umfangreicher Prüfung des Sachverhalts unter Einbindung der Kommunalaufsicht des Landratsamtes München, Herrn Weber, wurde Folgendes zum Sachverhalt mitgeteilt.

Die Pflege und Förderung des kulturellen Lebens ist eine staatliche Aufgabe (nach der Bayerischen Verfassung). Förderfähig durch die Gemeinde sind hierbei jedoch ausschließlich solche Bereiche (hier Sing- und Musikschulkurse etc.), die durch Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger genutzt bzw. belegt werden. Im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes muss somit grundsätzlich jeder Anbieter gleichermaßen gefördert werden, unabhängig von der Rechtsform. Dieser Grundsatz ist jedoch nur insoweit anzuwenden, als dass eine Überdeckung des bestehenden Bedarfes nicht förderfähig ist.

Einen konkreten Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde haben jedoch weder der Musikgarten, noch die Musikschule, da es sich im Bereich der Kulturpflege um keine gemeindliche Pflichtaufgabe handelt

Bei beiden Maßnahmen würde es sich nach Ansicht des Landratsamtes um keine (unzulässige) direkte Wirtschaftsförderung handeln, da die Gemeinde hier im Rahmen ihrer freiwilligen Aufgabenerfüllung tätig wird.

Das Schreiben des Landratsamtes vom 26.06.2013 sowie die Email vom 17.07.2013 werden bekannt gegeben.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Eine Stellungnahme durch einen Juristen zu diesem Thema wurde noch nicht beauftragt. Hierzu ist eine Entscheidung des Gemeinderates abzufragen.

1034 20 Beschluss: 20 : 0

Dem Antrag, auch den Musikgarten Unterföhring, zur Pflege und Förderung des kulturellen Lebens im Rahmen der freiwilligen Aufgabenerfüllung grundsätzlich zu fördern, wird zur Kenntnis genommen. Vor einer endgültigen Zusage ist jedoch mit Blick auf die Konsequenzen eine juristische Beurteilung (Gleichbehandlung gegenüber Auswirkungen auf andere freiwillige Leistungen wie Kultur und Sport etc.) einzuholen.

Az.: 3120
0.1; 2.0

Bekanntgaben

Der Vorsitzende gibt folgendes bekannt:

- Im Bereich Kanalstraße/Isarau werden noch die Markierungsarbeiten durchgeführt. Davor findet mit den Anwohnern am 18.09.2013 noch ein Ortstermin statt.
- Gemäß dem SZ Bericht vom 09.08.2013 wurde berichtet, dass das Schreiben des Kultusministeriums für die Umsetzung des Gymnasiums in Ismaning vorliegt.
- Der Vorsitzende gibt das Schreiben der Deutschen Post AG vom 29.07.2013 bekannt, in dem mitgeteilt worden ist, dass beabsichtigt ist, mit der Marktkauf Südbayern GmbH in Unterföhring, Feringastrasse 16, eine zusätzliche Postfiliale einzurichten.
- Straßenbaumaßnahmen St2053, Brücke über den Föhringer Ring
In der Gemeinderatssitzung vom 25.07.2013 wurde bereits über die Straßenbaumaßnahmen in einer Bekanntgabe berichtet.
Nachdem weitere Anfragen durch Bürger als auch Gemeinderäte bezüglich der Straßenbaumaßnahmen, Münchner Straße St2053, an der neuen Brücke über den Föhringer Ring bestehen, wurde erneut beim Staatlichen Bauamt Freising nachgefragt. Mit E-Mail vom 26.08.2013 durch Herrn Pinnel vom Staatlichen Bauamt Freising wurde folgendes mitgeteilt. Der Vorsitzende gibt den Inhalt der E-Mail bekannt:
„Die Arbeiten an der Brücke St2053 über die St2088, die mittlerweile abgeschlossen sind, dienen der Beseitigung von Herstellungs-mängeln. Das Problem bestand im Wesentlichen darin, dass die erforderliche Betondeckung in weitem Bereich deutlich unterschritten war, wodurch es erforderlich wurde, vollflächig auf der Bauwerksunterseite eine betonähnliche Schicht aufzubringen, um die Betondeckung nach den Regeln der Technik herzustellen. Leider konnten die Arbeiten erst jetzt

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

ausgeführt werden, weil wir uns über die Art und den Umfang der Mängelbeseitigung in einem Dissens mit der damaligen Baufirma befinden.“

- Rathaus-Park-Brunnen am Feringahaus
In der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 02.07.2013 wurde durch Herrn Kemmelmeier angefragt, den Brunnen am Feringahaus wieder in Betrieb zu nehmen.
Der Brunnen, bestehend aus einem Quellstein in Mühlensteinform, steht auf einem Sockel in einem gepflasterten Becken. Er wird mit einem Düsenabgang mit Vollstrahl betrieben. Die Anlagentechnik befindet sich in einem unterirdischen Schacht, bestehend aus Betonringen.
Die gesamte Anlage ist seit Jahren nicht mehr funktionstüchtig. Die Düse wurde mehrfach durch Vandalismus zerstört. Der Wasserschacht weist Undichtigkeiten auf. Der komplette Schacht ist nach erster Prüfung in einem sehr schlechten baulichen und anlagentechnischen Zustand. Der Bauhof ist beauftragt, in den kommenden Wochen die gesamte Technik zu prüfen und den Sanierungsumfang festzustellen. Anschließend kann über eine Sanierung entschieden werden.
- Zeitungsartikel vom 11.09.2013 (FSD-Zuschuss)
Der Erste Bürgermeister teilt dem Gremium mit, dass in einer der nächsten Sitzungen der FSD-Antrag zur Behandlung vorgelegt wird.
- Der Vorsitzende gibt das Schreiben des Landkreises Deggendorf vom 07.08.2013 bekannt, wonach sich der Landkreis Deggendorf für die Spende in Höhe von 10.000,- € der Gemeinde Unterföhring für die Opfer der Hochwasserkatastrophe bedankt.
- Klimaschutzbrochure
Vor etwa einem Jahr hat die Gemeinde beschlossen, in Zusammenarbeit mit dem Media-Print-Verlag eine Klimaschutzbrochure zu erstellen. Die Brochure ist ein offizielles Magazin für alle Bürgerinnen und Bürger, das sich mit den Themen Bauen, Sanieren, Energiesparen und Klimaschutz detailliert auseinandersetzt. Die Brochure ist mittlerweile fertiggestellt und wird im kommenden Monat an alle Haushalte ausgeliefert.
- Der Vorsitzende bringt die bevorstehende Landtagswahl und Bezirkstagswahl noch einmal in Erinnerung und appelliert an alle Bürger, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen
- Mit der 3./4. Bohrung des gemeindeeigenen Geothermieprojektes wird voraussichtlich Anfang November begonnen derzeit wird der Bohrplatz hergestellt.

66. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats wurden in öffentlicher Sitzung nicht vorgebracht. Der Vorsitzende erinnert an die Ortstermin zur Besichtigung des Trauraumes in der Pfarrvilla am Samstag, 14.09.2013 und anschließend an die Besichtigung des Objektes an der Tulpenstraße 10.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 21.10 Uhr.

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Lothar Kapfenberger
Schriftführer